

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: SM. 66, Cindendstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292-308. Tel.-Wochensozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Dienstag

8. April 1924

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dormürts-Verlag GmbH, Berlin SM 66, Cindendstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Der „Vorwärts“ ein Landesverräter?

Grober Unfug oder deutsche Gerechtigkeit?

Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Ernst Reuter, ist infolge Verfügung des Oberreichsanwalts vom 3. April d. J. die Voruntersuchung wegen Landesverrats (Verstoß gegen § 43 und 92 I StGB.) eröffnet worden. Das neue Landesverratsverfahren, das damit gegen uns angeknüpft wird, gründet sich diesmal auf die bekannte, in der Nummer vom 3. Februar erfolgte Veröffentlichung des aufsehenerregenden Briefes eines Hitler-Offiziers namens G. H., der in der Mauer der Hitler-Leute eine geradezu klassische Schilderung seiner Befehlsgebung an den Umkürsversuchen vom 8. und 9. November u. J. gab. Weiter bezieht sich der Oberreichsanwalt in dem neuen Landesverratsverfahren auf Polemiken, die der „Vorwärts“ in der Morgenausgabe vom Dienstag, den 5., und Sonnabend, den 9. Februar, gegen die bayerische Regierung und gegen das Wehrkreiskommando Stuttgart richtete.

Wir bekennen uns schuldig, mit der Veröffentlichung dieser vorstehenden Meldung abermals den Verdacht des Landesverrats zu erwecken. Denn nach dem Landesverratsparagrafen 92 des Strafgesetzbuches wird mit Zuchthausstrafe nicht unter zwei Jahren (oder Festungshaft nicht unter sechs Monaten) bedroht, wer „vorsätzlich Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches . . . erforderlich ist, . . . öffentlich bekannt macht.“

Jeder gesunde Mensch in Deutschland wird mit uns darin übereinstimmen, daß die Nachricht von gegen republikanische Blätter angeknüpften Landesverratsverfahren für das Reich so blamabel ist, daß sie im Interesse des Ansehens der Republik ganz geheim gehalten werden müßte. Aber wir sind unseren deutschen Lesern schuldig, ihnen mitzuteilen, wohnt der Kurs der republikanischen Politik in der Gegenwart sicher. Da wir aber nicht verhindern können, daß die Nachricht außer deutschen Lesern auch Ausländern zu Gesicht kommt, bitten wir alle ausländischen Leser des „Vorwärts“, von der Meldung keine Notiz zu nehmen. Es ist genug, wenn wir in Deutschland selbst Scham über solche Vorgänge empfinden!

Nachspiel zum Rathenau-Mord.

Verfahren gegen — Reichstagsabgeordnete der Linken.

Am 28. Juni 1922 hielt Hefferich im Reichstag seine berühmte, mit wider Demagogie und lässlichen Verdächtigungen arbeitende Rede gegen den Reichsaußenminister Dr. Rathenau. Er

Morgen des folgenden Tages fiel Rathenau unter den mörderischen Schüssen von Lechow und Genossen als ein Opfer der Hölle, die die Deutschnationalen gegen ihn entfacht hatten. Kein Wunder, daß die Erbitterung des größten Teils der Reichstagsabgeordneten sich stürmisch gegen Hefferich wandte. Die deutschnationale Reichstagsfraktion selbst war im Zweifel darüber, ob Hefferich unter solchen Umständen an der Reichstagsitzung am 24. Juni teilnehmen dürfte, schließlich beschloß sie, daß „keine Schwäche gezeigt“ werden dürfe und daß Hefferich erscheinen müsse.

Selbstverständlich war bei den anderen Abgeordneten die Spannung groß. Viele waren der Meinung, daß Hefferich es gar nicht wagen würde zu erscheinen, ihre Ueberresung und Erregung vor ungeheurer, als er denkwürdig kam. Von der Linken her erscholl ein stürmischer Ruf: „R. rder hinaus!“ Schließlich aber legte sich unter dem Einfluß des Präsidenten Löss die Unruhe und Hefferich blieb.

Seitdem sind fast zwei Jahre vergangen, der Reichstag ist aufgelöst, die Immunität der Abgeordneten erloschen. Und auf einmal werden die Genossen Zubeil und Dr. Rosas sowie mehrere Kommunisten, Höllein, Kemmele und Fröhlich, vor den Untersuchungsrichter geladen, weil sie sich gegen den § 105 des Strafgesetzbuches vergangen haben sollen. Der § 105 sagt:

„Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerchaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Reichs oder eines Bundesstaates auseinanderzulassen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.“

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.

Man muß zugeben, daß dem Staatsanwalt der Humor in erster Zeit nicht fehlt und daß er es versteht, Satiren zu schreiben — und wären es auch Satiren auf sich selbst und auf die deutsche Justiz. Die Wahrung der inneren Ordnung des Reichstags ist Sache des Hauses selbst, vor allem Sache des Präsidenten. Und der Reichstag hat damals auch aus eigenem ungehobler schwerer Aufgabe gelöst und trotz der ungeheuerlichen Provokation, die in dem Erscheinen Hefferichs unter den gegebenen Umständen lag, seine Sitzung ordnungsgemäß zu Ende geführt. Hefferich wurde an der Ausübung seines Mandats tatsächlich nicht gehindert.

Eine Verurteilung der in Untersuchung gezogenen Abgeordneten ist unmöglich, solange Verfassung und Gesetz noch gelten. Aber die Einleitung des Verfahrens allein ist schon ein ungeheurerlicher Skandal. Was die Phantasie des loshaftesten Witzbolches nicht erfinden würde, die deutsche Justiz bringt es schließlich fertig!

Die Krise in Württemberg.

Rechtsschwenkung des Zentrums.

Die württembergische Regierung ist, wie bereits mitgeteilt, infolge der Ablehnung ihrer Staatsvereinfachungspläne durch den Landtag, zurückgetreten. Unser Stuttgarter Korrespondent schreibt uns über die dadurch entstandene Lage noch folgendes:

Der Kampf um die württembergische Staatsvereinfachung ist all. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Verringerung der Zahl der Oberämter, die, seit mehr als 100 Jahren in die heutige Zahl und Form eingeteilt, einen riesenhaften, kostspieligen und unnötigen Apparat darstellt.

Schon 1911 hatte die königliche Regierung Weizsäcker-Fleischhauer einen Plan vorgelegt, nach dem die 63 Oberämter um 20 vermindert werden sollten. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hatte dann die republikanische Minderheitsregierung Hieber-Bolz glücklich den Mut aufgebracht, eine Verminderung der Oberämter um 12 anzugehen. Selbst dieses bescheidene Projekt wurde nicht Wirklichkeit. Die strupellose Agitation der Rechtsparteien sah in dem Kampf um Kantönlinteressen einen günstigen Wahlspieß, und das Zentrum stimmte erst leise, dann immer lauter in den Chor dieser Saboteure aus Parteigegensatz ein, weil es sich in seinem ländlichen Bestehen durch den Bauernbund bedroht sah und sich nicht auch noch hier den Rang ablaufen lassen wollte.

In der Minderheitsregierung, in der neben einem Beamten, der provisorisch das Arbeitsministerium verwaltet, zwei Demokraten und zwei Zentrumsleute saßen, setzte sich die Konzeptionspolitik des Zentrums durch, das sich innerhalb der württembergischen Regierung bisher stets als der stärkere Teil erwiesen hat. Da jedoch überhaupt etwas geschehen mußte, ordnete die württembergische Regierung auf dem Verordnungsweg die Aufhebung von 7 Oberamtsbezirken und des Landgerichtshaus an. Man sah bei der Regierung wohl ein, daß eine derart jämmerlich ungenügende Maßnahme weder den Sozialdemokraten genügen, noch die nach Agitationsstoff lüsterne Rechte befriedigen werde. Man glaubte aber mit der Verordnung den Boden gefunden zu haben, von dem aus die Regierung ihren vor 14 Tagen durch den Staatspräsidenten feierlich verkündeten Beschluß, monach sie zurücktreten werde, wenn der Landtag die Auflösungsverordnung ablehne, durchführen könne.

In der Hoffnung auf die Wirksamkeit dieser Drohung mußte sich nun die Regierung geäußert sehen. Der deutschnationale Bauernbund, der sonst nicht genug über den kostspieligen Apparat von „vollgeirrenen Beamten“ wettern konnte, und die ebenso deutschnationale Bürgerpartei, die stets als Prediger der Sparpolitik glänzte, setzten sich an die Spitze eines raffiniert inszenierten Entrüstungsummars der Interessenten. Im Landtag und im Innenministerium gab eine Deputation der bedrohten Oberämter der anderen die Tür in die Hand. Am letzten Mittwoch wurde dann in einer großen Demonstration vor dem Stuttgarter Bürgermuseum unter dem Jubel der Interessenten die deutschnationale Parole in alle Welt hinausgeschrien. Der Versuch, die Szene des Landtages zum Tribunal deutschnationaler Demagogie zu machen, mißlang allerdings gründlich.

Der Ruhm der Bürgerpartei und des Bauernbundes aber ließ das Zentrum nicht schlafen. Am Mittwoch, den 2. April, überraschte der Präsident den Landtag mit der Mitteilung, daß das Zentrum durch einen Initiationsbeschluss den Termin des Inkrafttretens der Verordnung auf den 15. Juni hinauschieben will. Es würde also erst der nächste Landtag in den ersten vier Wochen seiner Tätigkeit vor die Frage gestellt werden, ob er es bei der Aufhebung der 7 Oberämter belassen oder den Beschluß der heutigen Regierung zunichte machen will.

Dieser Vorstoß bedeutet einen bewußten Sabotageakt des Zentrums, da man in seinen Kreisen auf das dringlichste hofft, die nächste Regierung zusammen mit der Rechte bilden zu können. Schon die Wahlen von 1920 hatten ein Ergebnis gezeitigt, das dem Zentrum ermöglichte, je nach Bedarf mit der Rechte oder mit der Linken eine Mehrheit zu bilden. Das württembergische Zentrum hatte sich durch seine immer stärker bemerkbar machende Rechtsentwicklung in völlige Abhängigkeit von der deutschnationalen Agitationspropaganda begeben und es darum mehr als einmal an der notwendigen staatspolitischen Souveränität fehlen lassen. Jedenfalls hat es sich in den letzten Jahren durch seinen Charakter als Regierungspartei niemals die Hände für agitationsstatische Schiebungen binden lassen.

Das zeigte sich bei dem Zentrumsantrag vom Mittwoch. Die agitatorischen Wählrücken verleiteten die Zentrumsparlei, nicht nur dem zuständigen Zentrumsminister Bolz, sondern auch der ganzen Regierung rückwärtslos einen Schlag ins Gesicht zu versetzen. Die Demokraten als andere Regierungspartei antworteten darauf mit der Drohung, daß für den Fall der Annahme des Zentrumsantrages die demokratischen Minister zurücktreten werden. Mit 43 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen blieb der Zentrumsantrag in der Minderheit. Dieses Resultat war nur möglich durch die Haltung der Deutschen Volkspartei, von deren 4 Vertretern einer abwesend war, zwei sich der Stimme enthalten und einer dem Zentrumsantrag zustimmte!

Zum Kampf der Eisenbahner.

Die Lohnvereinbarung angenommen.

In ihrer bekannten Erklärung ließ die Reichsregierung mitteilen, daß sie der Vereinbarung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahner-Gewerkschaften ihre Zustimmung aus „währungs- und wirtschaftlichen Gründen“ verweigert habe. Man müßte also annehmen, das Streitobjekt bildet eine derartige Summe, daß es für das finanzielle Gleichgewicht der Reichsbahn von wesentlicher Bedeutung ist. Die Öffentlichkeit wird zunächst vor einem unlösbaren Rätsel stehen, wenn sie die Zahlen erfährt, um die es sich in Wirklichkeit dreht.

Die gesamten Lohnerhöhungen der Vereinbarung betragen etwa 6 Millionen pro Monat. Auf den einzelnen Arbeiter berechnet, betrug die Lohnerhöhung 6 bis 7 Pf. pro Stunde. Von dieser Lohnerhöhung hat die Reichsregierung Abstriche von 1 bis 2 Pf. für die unqualifizierten Arbeiter und für die qualifizierten Arbeiter im Wirtschaftsgebiet gemacht. Die eigentliche Differenz ist also sehr geringfügig. Die Gesamtlöhnsummen, die die Reichsregierung von der Vereinbarung zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Gewerkschaften gestrichen hat, macht insgesamt für den ganzen Monat noch nicht eine Million aus. Und um einer solchen Lappalie willen legt die Reichsregierung die Aufrechterhaltung des Verkehrs auf das Spiel, treibt sie die Eisenbahner zu Verzweiflungsausbrüchen, beunruhigt sie die gesamte Öffentlichkeit und gefährdet damit allein schon unsere Währung! Wenn diese Summen im Budget der Reichsbahn nur eine Lappalie ist, für die etwa 300 000 Eisenbahner, die nur davon betroffen werden, bedeutet sie ein Stück Brot mehr oder weniger, das sie im buchstäblichsten Sinne vor dem Hunger schützt.

Warum aber verhält sich die Reichsregierung in so verantwortungsloser Weise auf eine solche Lappalie? Die Antwort haben wir wiederholt gegeben. Die Reichsregierung steht unter dem Diktat der Schwerindustrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Diese beiden Unternehmergruppen haben die Parole ausgegeben: — nicht nur die Kommunisten haben Parolen —, die Löhne „auseinanderzuziehen“. Darunter versteht man, daß die qualifizierten

Arbeiter erheblich besser als die unqualifizierten bezahlt werden. Dieses Auseinanderziehen soll aber nicht so vorgenommen werden, daß die qualifizierten Arbeiter wesentlich besser als bisher gestellt werden, sondern auf Kosten der bisher so schlecht gestellten unqualifizierten Arbeiter. Die Reichsregierung wagt nicht, gegen das Diktat der Schwerindustrie eine Entscheidung zu treffen. Komme, was da wolle, sie wendet die ausgegebene Parole in bürokratischer Oberbürgermeistermanier an, indifferent gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen.

Bei den Verhandlungen, die heute im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, erklärte der Reichsverkehrsminister, daß er nochmals den Versuch machen werde, das Kabinett zur Annahme der getroffenen Lohnvereinbarung zu bewegen. Die Kabinettsitzung, in der die Entscheidung fällt, findet heute mittag statt. Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, hat das Reichskabinett dem Antrag des Reichsverkehrsministers stattgegeben und der Lohnvereinbarung vom Freitag zugestimmt. Jedoch gehen die Verhandlungen über den Manteltarif noch weiter.

Die Abstimmung in Hannover.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlichte dieser Tage eine Verordnung des Reichsministers des Innern über die Vorabstimmung in Hannover. Auf den von den Vertrauensmännern der Deutschhannoverschen Landespartei eingereichten Antrag wird folgende zur Abstimmung zu stellende Frage zur Vorabstimmung in der preussischen Provinz mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich zugelassen:

„Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden, um ein selbständiges Land zu bilden?“

Die Vorabstimmung findet am 18. Mai statt; durch sie wird festgestellt, ob ein Drittel der wahlberechtigten Einwohner die Abstimmung über die zugehörige Frage verlangt. Zum Abstimmungsleiter ist der Präsident des Landesfinanzamtes in Hannover bestellt.

Man hätte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Rechtsparteien wiesen geschäftsordnungsmäßig darauf hin, daß es sich hier nicht um einen Antrag, sondern um einen Besetzungswahl handle. Am Sonntag fand dementsprechend die zweite und dritte Lesung statt. Das Zentrum hat bewußt zur Katastrophe getrieben. Es hatte alle abwesenden Mitglieder herantelegraphiert und mit Hilfe der Rechten eine Mehrheit von 51 gegen 39 Stimmen für seinen Antrag bekommen. Die Kommunisten, die am Mittwoch mit an der Rettung der Regierung beteiligt waren, hatten den Saal verlassen, und die Deutsche Volkspartei war, ihrer alten nationalliberalen Tradition folgend, im letzten Augenblick nach rechts umgefallen!

Daraufhin erklärte der Staatspräsident hiebei für sich und den Finanzminister Schall den Rücktritt. Unter Hinweis auf diese Erklärung traten dann auch die Zentrumsmänner Bolz und Bergerle zurück. Auf diese Weise hat Württemberg vier Wochen vor den Landtagswahlen eine Regierungskrise bekommen.

Die Schnelligkeit, mit der die bürgerliche Demokratie mit der Drohung und mit dem tatsächlichen Rücktritt bei der Hand war, läßt darauf schließen, daß sie durch diesen taktischen Zug eine Verbesserung ihrer Wahlausichten zu erreichen hofft. Das ist allerdings eine eille Hoffnung, denn die Demokraten haben vier lange Jahre hindurch sich unter das Joch des Zentrums gebeugt und können die Politik dieser Zeitperiode nicht durch ein taktisches Manöver vergessen machen.

Das Zentrum hat nun die Bahn frei für die von vielen Zentrumsmännern ersehnte Regierungsbildung mit den Deutschnationalen. Ob diese Regierung aber noch kurz vor Lorenzschluss zustande kommt, erscheint fraglich. Es ist leicht möglich, daß man sich bis nach den Wahlen mit dem Provisorium eines Geschäftsministeriums behelfen will. Die endgültige Antwort darauf gibt wahrscheinlich die Landtagsitzung, die auf heute vormittag 11 Uhr angesetzt ist mit dem Thema: „Wahl eines Staatspräsidenten“.

Die bayrischen Wahlen.

Vorläufiges Endergebnis.

München, 8. April. (B.S.) Heute vormittag um 11 Uhr 30 Minuten lag folgendes amtliches Ergebnis über die Landtagswahlen im rechtsrheinischen Bayern vor:

Bayrische Volkspartei	919 587
Bölk. Bloß	431 862
Sozialdemokratie	413 862
Bauernbund	207 422
Kommunisten	203 017
Vereinigte Nationale Rechte	197 503
Dtsch. Bloß (Demokr.)	73 818
Nationalliberale Landespartei	29 416
Christlich-Soziale Partei	22 929
Beamtengruppe Katolik	19 480
Dtsch. Volkspartei	5 635
Beamtenpartei	4 504
NSP.	2 393
Unterfränk. Gewerbevorläufer	11 022
Heimatkreuz Koburger	7 833
Mieterei	389
Republik. Partei	285

Der Volksentscheid hatte folgendes Ergebnis (es stehen nur noch wenige Bezirke aus): Für den Entsch. stimmten 1 224 017, dagegen 1 263 892.

Die genaue Verteilung der Mandate wird sich zunächst noch nicht aufstellen lassen, da die Wahlen am 4. Mal in der Pfalz nicht unwesentliche Veränderungen bringen können. Die Wähler werden von diesen Wahlen allerdings keinen Vorteil haben, da sie in der Pfalz nicht kandidieren. Dagegen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Bayer. Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei auf einen Mandatszuwachs in der Pfalz rechnen können. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen würde sich für die einstweilige Mandatverteilung folgendes Bild ergeben: Bayer. Volkspartei 35, Bölk. Bloß 20, Sozial-

demokraten 17, Vereinigte Nationale Rechte 8, Bauern- und Mittelstandsbund 8, Kommunisten 8, Deutscher Bloß 2, Nationalliberale Landespartei 1 St.

Der Stimmenzuwachs und -verlust der einzelnen Parteien stellt sich ungefähr folgendermaßen: Gegenüber den Landtagswahlen von 1920 haben die Demokraten 175 000 Stimmen, die Bayer. Volkspartei 250 000 Stimmen und der Bauernbund 28 000 Stimmen verloren, die Vereinigte Nationale Rechte 180 000 Stimmen, wobei die auf die Nationalliberale Landespartei und die Deutsche Volkspartei entfallenen Stimmen mitgerechnet sind. Aus den oben angegebenen Verlusten der Rechtsparteien setzt sich im großen und ganzen der Gewinn des Völkischen Bloßes zusammen.

Bei den Wahlen 1920 hatte die alte Sozialdemokratie 486 528, die NSP. 383 614 Stimmen, während die SPD. insgesamt 51 602 Stimmen brachte. Nach der Wahl trat bekanntlich die Spaltung der NSP. ein, wobei der größere Teil von ihr zu den Kommunisten überlieferte. Man muß also in den NSP.-Stimmen von 1920 schon einen erheblichen Teil späterer Kommunisten mitrechnen. Ein einfacher Vergleich der Stimmenzahl von damals und von heute ist daher nicht möglich. Rechnet man die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien von 1920 und die der Kommunisten zusammen (insgesamt 921 744), so ergibt sich bei Vergleich mit dem 6. April 1924, daß rund 304 000 Stimmen fehlen, die selbstverständlich auch in der Pfalz nicht mehr aufgebracht werden können. Rechnet man die noch zu erwartenden Pfalzstimmen hinzu — im Jahre 1920 für die SPD. 87 854, NSP. 38 822 —, so ist zu erwarten, daß die Stimmenzahl der alten Sozialdemokratie in Bayern voll gehalten worden ist, trotz der unglaublichen Schikanen, die das Kahr-Regiment seit Jahren gegen sie ausübte. Der vermeintliche Gewinn der Kommunisten schrumpft bei Berücksichtigung dessen, daß sie schon in Halle den größten Teil der NSP. mit sich nahmen, auf ein geringes zusammen.

Sollmann gegen Strefemann.

Um das Schicksal des Rheinlandes.

Aöln, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) In einer Kassenversammlung zu Bonn, die die Kommunisten vergeblich zu fördern versuchten, sprach Genosse Sollmann eingehend über die großen Entscheidungen, die nach dem Abluß der Ricum-Verträge und dem Bericht der Sachverständigen bevorstehen. Das Rheinland müsse sich darauf rüsten, daß sein Schicksal in wenigen Wochen unter den schwierigsten Verhältnissen erneut aufgerollt werde. Er verwies auf die Rede des Reichskanzlers Marx, die er erkenne, daß er die außenpolitische Frage öffentlich mit großer Zurückhaltung behandelt habe. Weder könne man dies von den Reden des Reichsaussenministers Dr. Strefemann nicht behaupten. Nicht nur in der rheinischen Sozialdemokratie, sondern auch bei den führenden Persönlichkeiten des rheinischen Zentrums hätte die Tonart Strefemanns Mißfallen erregt. Strefemann scheine über die Schwierigkeiten und über die Sorgen und über die Stimmung der Rheinländer falsch unterrichtet zu sein. Man sei im Rheinland zwar gezwungen und auch bereit, um die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich, wenn es not tut, jahrzehntelang zu kämpfen, aber von aggressiver Stimmung sei die rheinische Bevölkerung weiter entfernt denn je. Es sei auf die Dauer nicht angängig, daß deutsche Reichsminister einen Sturm gegen das Gutachten der Sachverständigen eröffnen, noch ehe dieses Dokument überhaupt vorliege.

Strefemann und die Ricumverträge.

Scharfe Kritik der Pariser Presse.

Paris, 7. April. (III.) Die gestrige Rede des deutschen Außenministers wird von den Pariser Blättern lebhaft besprochen. Interessant ist besonders der heutige „Temps“-Kommentar. Das Blatt zieht eine Stelle in der Ansprache Strefemanns, die besagt, daß die englischen Großbanken den deutschen Unternehmen jeden Kredit verweigern, solange die Ricumverträge bestehen. Der „Temps“ hält diese Äußerung für recht bedenklich und wünscht unter allen Umständen, daß von London ein Dementi erfolge. Von den übrigen Blättern beurteilt das „Journal des Debats“ die Rede Strefemanns sehr scharf. Das Blatt konstruiert einen Zusammenhang zwischen der gestrigen Rede Strefemanns und der politischen Kund-

gebung, die unter Annahme eines deutschen Prinzen in Berlin zur Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrags stattgefunden haben soll. Zum Schluß schreibt das „Journal des Debats“, die Führung des Reichs wolle den Vertrag nicht ausführen. Unter Anspielung auf Strefemann und Marx schreibt das Blatt, die einen bringen ihre Gedanken ungeheuer zum Ausdruck, die anderen schlagen noch einen ungefähren korrekten Ton an.

Kritik an Poincaré.

Paris, 8. April. (B.S.) Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ schreibt zur Frage der Ricumverträge: Die Annahme des Sachverständigenplanes schließt die Erneuerung der Ricumverträge aus. Wenn Poincaré also Sanktionen ausführen wolle, was von neuem Wirtswort in die besetzten Gebiete tragen und den Kampf vom vorigen Jahre wieder entfesseln würde, so müsse man sich fragen, ob nicht seine Zustimmung zu dem Plan des Komitees Dames ein leeres Wort sei. Die Position der französischen Regierung sei also weder logisch noch klar, sie wünsche offenbar Verzicht auf die Ruhrpolitik zu maskieren, die nichts eingebracht habe und nichts einbringen werde.

Oberschlesischer Kommunistenprozeß.

Breslau, 8. April. (Eigener Drahtbericht.) Das Urteil im ober-schlesischen Kommunistenprozeß wegen angeblicher Umsturzversuche durch Generalstreik bedeutet eine politische Sensation. Von 52 Angeklagten sind 45 freigesprochen und nur 7 zu kurzen Festungstrafen verurteilt worden. Diese milde Behandlung ist die Belohnung für die Erklärung der Angeklagten, daß die ober-schlesischen Kommunisten mit der kommunistischen Internationale nichts zu tun haben wollten, daß sie immer gute Polen gewesen seien und sich in den Kämpfen gegen Herßing nationalpolnisch bewährt hätten. Das polnische Gericht nahm an, daß ihnen der Beweis für diese Behauptung gelüftet sei. Es hat damit die angebliche Unterdrückung von Klassenkämpfen durch den damaligen Staatskommissar Herßing als das gekennzeichnet, was es tatsächlich war, die Abwehr nationalpolitischer gewalttätiger Angriffe. Der kommunistische Schwindel von der Herßing des ober-schlesischen Arbeiterparates dürfte nach der Abgabe der ober-schlesischen Kommunisten an Moskau auch von der NSP. nicht mehr aufrechterhalten werden.

Kabinettsrat in London.

London, 8. April. (B.S.) Dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ zufolge teilte das Kabinet heute vormittag zusammen, um die neue durch die Verwertung der Mietbill geschaffene Lage zu beraten.

Congon, 8. April. (B.S.) Zum Schluß der gestrigen Unterhausung wurde ein Antrag erörtert, in welchem für einige Abgaben, die von der Regierung während des Krieges auferlegt worden waren, u. a. auf Milch aus den sechs westlichen Grafschaften, Befreiung nachgesucht wurde. Die Regierung erteilt hierbei eine ernüchternde Niederlage. Die Opposition brachte einen Abänderungsantrag ein, der mit 207 gegen 170 Stimmen angenommen wurde. Diese Abstimmung wird keine politischen Folgen haben. Schließlich nahm das Haus ohne Erörterung in zweiter Lesung einen von mehreren Mitgliedern eingebrachten Gesetzesentwurf an, der mit dem abgeleiteten Mietgesetz teilweise übereinstimmt.

Die englisch-russische Konferenz.

London, 8. April. (B.S.) „Daily Telegraph“ zufolge findet die Eröffnungssitzung der englisch-russischen Konferenz nächste Woche unter dem Vorsitz Macdonalds im Foreign Office statt. Der Premierminister teilte gestern im Unterhaus auf verschiedene Anfragen mit, Rothstein werde aus Gesundheitsrücksichten nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, Mitglied der Sowjetdelegation sein, und was Witwinoff betreffe, so habe er wiederholt seine Regierung in Verhandlungen vertreten, an denen England teilgenommen habe.

Ueber die Sicherung der Wahlfreiheit im besetzten Gebiet hat das französische Ministerium des Auswärtigen dem deutschen Vorkämpfer in Paris auf dessen Demarche am 4. April eine ausführliche Antwort zugehen lassen.

Moderne Plastik.

Von John Schilowski.

Die Direktion der Nationalgalerie hat den sehr dankenswerten Versuch unternommen, in einer Ausstellung des Kronprinzen-Palais einen Ueberblick über das Schaffen Rudolf Bellingss zu geben, eines modernen Plastikers, der nicht nur zu den allerersten schöpferischen Genies unserer Zeit gehört, sondern in seinem Entwicklungsgange zugleich den Weg kennzeichnet, den die moderne Plastik gegangen ist, als sie sich aus dem Naturalismus zu dem freieren Geiste und der reineren Formsprache einer neuen Ausdrucksform durchdrang.

Der menschliche Körper hat als Schöpfung der Natur seine eigene Schönheit. Der Anblick seiner Formen kann im Künstler Empfindungen erwecken, denen er durch ein plastisches Kunstwerk Ausdruck verleiht. Damit diese Empfindungen aber zur reinen, reifen Gestaltung kommen, ist es nötig, daß die Formen des natürlichen Körpers in dieser oder jener Weise umgewandelt werden. Es geschieht das nicht nur durch die genau abgemessene, dem künstlerischen Zwecke dienende Stellung des Modells, sondern auch durch das betonen oder Hervorheben von bestimmten Einzelheiten, denen gegenüber andere in ihrer Wirkung zurücktreten müssen, durch die Wahl des Materials und dessen technische Behandlung. Durch das Bestreben, einem gefühlsmäßigen inneren Leben mittelst der Form Ausdruck zu geben, wird das Naturbild bereits mehr oder weniger verändert. Da der Ausdruck aber zum Kunstwerk sich gestalten soll, so ist außerdem ein folgerichtig durchgeführter rhythmischer Aufbau des Ganzen vonnöten. Der menschliche Körper baut sich nach seinen eigenen organischen Gesetzen auf, das Kunstwerk aber folgt anderen Gesetzen, und zwar unterliegt jedes einzelne Kunstwerk seiner besonderen, aus seinem Geiste notwendig erwachsenden Norm. Der Anatom vermag aus einem einzigen kleinen Knochen die ganze Gestalt des Tieres zu konstruieren, weil er die organischen Gesetze kennt, nach denen die Natur bei ihrem Aufbau verfährt. Der Plastiker, der einen einzigen kleinen Teil seines Werkes gebildet hat, hat damit ebenfalls bereits die entscheidende Form für das ganze Werk geschaffen. Denn aus der Größe, Gestalt, Lage usw. dieses Teils ergibt sich nach dem ihm innewohnenden rhythmischen Gesetz die Größe, Gestalt und Lage aller übrigen Teile mit zwingender Notwendigkeit. Dieser Notwendigkeit müssen sich die Formen, die das Naturbild bietet, unbedingt fügen, wenn ein Kunstwerk entstehen soll. Anatomische Korrektheit darf daher von keiner plastischen Gestaltung eines menschlichen Körpers verlangt werden, und alle großen Plastiker sind von dieser Korrektheit ohne Bedenken abgewichen, sobald künstlerische Zwecke eine solche Abweichung verlangten.

Der Grad der Abweichung, das Maß, in dem das Naturbild zugunsten des reinen rhythmischen Formenaufbaus umgestaltet wird, kann verschieden sein. Je nachdem das Naturbild oder die Besten der rhythmischen Form vorherrschend ist, spricht man von naturalistischer oder expressionistischer Kunst.

Der Entwicklungsgang der modernen Plastik zeigt nun eine allmählich fortschreitende Befreiung von der Gebundenheit einer äußeren Naturnachahmung, und im Schaffen Rudolf Bellingss hat dieser Entwicklungsgang sein Spiegelbild. Arbeiten wie „Verwundete“ und „Kampf“ sind noch im wesentlichen naturalistisch. „Tänzerin“ und „Der Mensch“ charakterisieren die Uebergangsstufe, auf der zwar der reine Formenrhythmus schon vorherrscht, das Naturbild aber noch deutlich mitspricht. In „Dreikönig“, „Geste Freiheit“ u. a. ist das Endziel einer ganz strengen, abstrakten Kunst erreicht.

Wer beim Betrachten der im Kronprinzen-Palais ausgestellten Werke von diesen Gesichtspunkten auszieht, der wird des anfänglichen Staunens über die neue plastische Formsprache bald überwinden haben und zu einem Verständnis dessen gelangen, was der Künstler angestrebt und erreicht hat. Und wenn es gelingt, sich in die neue Formsprache mitsprechend einzulassen, der wird von dem neu errungenen Standpunkt aus ein tiefes Verständnis für das Wesen aller plastischen Kunst gewinnen, der wird die plastischen Werke aller Zeiten und Stile mit klareren Augen betrachten, genießen und werten. Denn in jedem Kunstwerk spricht die reine Sprache der rhythmisch geordneten Form mehr oder weniger deutlich mit und sie ist es gerade, die das eigentliche Wesen und den Wert eines Kunstwerks bestimmt.

Einakter-Abend.

Im Deutschen Künstlertheater des Herrn Viktor Barnewski verläuft die Direktion die Sommerperiode — etwas verfrüht — mit drei literarischen Einaktern einzuführen. Der erste: „Eine florentinische Tragödie“ von Oscar Wilde. Ist in fünfzigjährigen Familien abgefaßt und erfordert Darsteller, die Worte sprechen können. Wo gibt es welche? Theodor Doos als rächender Gott, der den ehebrechenden Prinzen erschlägt, hat einen matten Abend. Von ihm soll der düstere Glanz des Unheimlichen, weil Wissenden ausgehen, er soll erschrecken, obwohl er seine Gattin und seinen Nebenbuhler langweilt — er aber erregt nur in Augenblicken und langweilt fast immer. Otto Bressin (der Prinz) hörte erst auf zu handeln, als er am Boden lag, vom Geiten übermächtig. Gerda Müller mangelt die florentinische Fähigkeit des Renaissance-Meibes und ihre Hingabe war wie die einer Statue. — Erst im zweiten, geistreich spielenden Einakter „Variété“ von Heinrich Mann wurde sie belebter, allerdings etwas lauter, wie überhaupt die französischen Feinheiten dieses Stückes verloren gingen in der übermäßigen, unterhaltenden, mehr auf Amüsement als auf satirische Wirkung hingelassenen Regie (Gullus C. Herrmann). Hier wirkte der Allerweltsspieler Kurt Bois, ein Darsteller mit dem noch zu zugehender Temperament eines hochgebildeten Ulewns, alle Anlagen seiner mannigfaltigen Natur. Weder mündet hier Talent in Ergänzungsstück. Emil Lind gab einen (für einen vornehmen Schau-spieler) ein bißchen zu sehr laboretmäßig jüdischen Direktor. — Im dritten Stück: „Eine musikalische Kur“ von Bernhard Shaw, gelang es Frau Gerda Müller und Kurt Bois, die schäudererregenden Punkte des großen Satirikers, der wie ein guter Fechter, überrollende Stöße gegen ungehörte, weil nicht gefährdet

gewählte Stellen der „guten Gesellschaft“ vollführt, überzeugend herauszubringen. Der Abend war laut, aber launig; ein Beweis dafür, daß es durchaus nicht nötig ist, dilettantische Pflichten zu spielen, wenn man unterhaltend sein will.

Zur „Hinfemann“-Premiere. Die Gastspielproduktion des Residenztheaters hat sich wegen des von nationalistischer Seite verlangten Verbots der Aufführung von Tolstois „Hinfemann“ an das Staatsministerium gewandt. In der gestern abgehaltenen Besprechung erklärte ein Referent des Kultusministeriums, daß das Ministerium es ablehne, sich gegen eine Aufführung des Dramas zu wenden. Die gegen das Stück erhobenen nationalistischen Vorwürfe beruhten auf einer Verzerrung der dichterischen Idee. Der ebenfalls anwesende Minister Severing legte dem Theater für die Vorstellungen einen verstärkten polizeilichen Schutz zu.

Die Schulreformer gegen Böhm. Der Vorstand des Bundes Entschiedenener Schulreformer lehnt die Denkschrift des preussischen Ministers für Volksschulbildung zur Neuordnung des höheren Schulwesens mit größter Entschiedenheit ab. Zwar enthält die Denkschrift eine Reihe anerkannter Anregungen (wie Lockerung des Lehrplanzwangs, Konzentration der Fächer, Einschränkung der Hausaufgaben), doch auch diese in so unbestimmter Form, daß praktisch sich voraussichtlich wenig ändern wird. Zwar ist die Verringerung der Wochenstundenzahl auf 30 beachtenswert, aber damit Hand in Hand geht der erschreckende Rückfall in die Schulplatonisierung statt der Menschengestaltung. Die ministerielle Schulreform macht zusammen mit der Aufrechterhaltung normalisierter Schulgebühren so schlimm wie nur jemals, die wieder völlig starr werdenden höheren Schulen zu ausgemachten Klassen-schulen und zwingt ihnen erteilte oder überholte Bildungsschemata auf, statt dem Leben zu dienen.

Die kaum begonnene Arbeit an der Bewegungsfreiheit wird kurzerhand vernichtet. Die Wertarbeit wird geprießen und — abgelehnt, wie denn überhaupt die Denkschrift trotz von Wirtsprüchen und Unausgesprochenheiten. Die ganze „Reform“ kennzeichnet sich trotz alles Abstreitens als die limitierte Ausmachung fiskalischer Zwänge. Der Bundesvorstand verweist sie deshalb und sieht nach wie vor in der klassischen Einheitschule die Schulform der zukünftigen Volksschule für die er auch weiter kämpfen wird.

Ein neuer Vorkämpfer für drahtlose Telephonie. Ein neuer von D'Almonventeur Hüller und Professor Ruppel im Elektrotechnischen Institut Darmstadt hergestellter Vorkämpfer, der die Stimmen und einzelnen Instrumente in ihrer Klangfarbe wiederzugeben wie ein Telegramm aus Frankfurt a. M. meldet, bei seiner Vorführung eine so vollkommene Klängeinheit und Klarlegung der Stimmen, daß man von diesem Vorkämpfer eine bedeutende Verbesserung auf dem Gebiete der Musikwiedergabe durch drahtlose Telephonie erwarten darf. Die Wirkung wird erzielt durch besondere Einordnung einer eigenartigen Membrane und besondere Art der Magnetanregung.

Tolstois „Hinfemann“ spricht Ernst Friedrich am 8. abds. 7 Uhr, in der Aula der 31.—32. Gemeindefschule Charlottenburg, Oranienstraße.

Gewerkschaftsbewegung

Angestellte, wahret eure Rechte!

Vom Ortsrat Berlin des A.F.V.-Bundes wird uns geschrieben: Aus den Kreisen derjenigen Funktionäre, die praktisch mit Arbeitsstreikigkeiten zu tun haben, wird gemeldet, daß Arbeitnehmer, welche vom Arbeitgeber fristlos entlassen werden, zu ihrer Entlassung schweigen oder dem Arbeitgeber ablehnend erwidern: „Na, es ist schön“ oder ähnliches. Erst nach einigen Tagen beginnen sie dann wegen ihrer fristlosen Entlassung Maßnahmen einzuleiten. Manchmal ist zugunsten der Betroffenen noch etwas zu erreichen. Es gibt aber viele Fälle, in denen die fristlose Entlassung unberechtigt ausgesprochen ist, die Entlassenen aber sich durch Anfechtungen, wie die vorerwähnten, nach der Spruchpraxis der Gerichte die Verfolgung ihrer Rechtsansprüche unmöglich gemacht haben. Es sei darum an dieser Stelle betont, daß in Kündigung- und Entlassungsfällen, die für unberechtigt gehalten werden, Einspruch nicht nur beim Gruppenrat (Arbeiter- oder Angestelltenrat), sondern auch dem Unternehmer gegenüber in klarer Form erhoben werden muß.

Recht häufig unterschreiben Arbeitnehmer eine Ausgleichs-Quittung, obwohl sie beschwören, noch weitere Ansprüche an den Arbeitgeber zu stellen. Ein Arbeitnehmer, der entlassen wird, ist in keinem Falle verpflichtet, eine Quittung „zum Ausgleich aller Forderungen“ zu erteilen. Er hat lediglich die Lohn- oder Gehaltssumme sowie den Empfang seiner Legitimationspapiere zu quittieren. Unterzeichnet er trotzdem eine Ausgleichs-Quittung, so hat er nach der Rechtsprechung nur in Ausnahmefällen Aussicht auf Erfolg, falls er noch weitere Forderungen gegen den Arbeitgeber geltend machen will.

Die fristlose Entlassung bei Fehlen wegen Krankheit oder anderer Gründe Anlaß zur Entlassung. Wir raten deshalb jeden Arbeitnehmer, im Falle der Unterbrechung der Arbeitsleistung, sofort brieflich oder mündlich durch Angehörige oder persönlich dem Arbeitgeber Kenntnis von den Gründen des Fernbleibens zu geben. Bei telefonischer Benachrichtigung ist es zweckmäßig, sich den Namen desjenigen geben zu lassen, der die Entlassung entgegennimmt. Es ist zu empfehlen, daß sich der Angestellte zum Nachweis seiner Krankheit baldmöglichst in ärztliche Behandlung begeben. Zusammenfassend empfehlen wir den Arbeitnehmern: Nehmt nicht jede Kündigung oder Entlassung durch euren Arbeitgeber widerstandslos hin. Beschäftigt ein Gruppenrat (Arbeiter- oder Angestelltenrat) bei der Firma, so erhebt auch bei diesem sofort Einspruch auf Grund des Betriebsratsgesetzes. Unterschreibt niemals eine Quittung zum Ausgleich unter Verzicht auf weitere Forderungen aus eurem Arbeitsverhältnis. Entschuldiget euer Fernbleiben von der Arbeit, falls es notwendig ist.

Die Nachläufer.

Seit die KPD. sich unter der gütigen Führung von Scholem und Ruth Fischer befindet, benimmt sie sich bei allen Kämpfen in der Arbeiterbewegung wie ein altes Weibchen, das schimpfend hinter einem Kartoffelwagen herläuft und darauf wartet, daß irgendwo eine Kartoffel für sie herunterfällt. Manchmal verweist sie das alte Weibchen und nimmt etwas für eine Kartoffel, was in Wirklichkeit der Gaul verloren hat.

So nimmt jetzt auch die KPD. „Stellung“ zum Kampf der Eisenbahner. Heute kann die „Rote Fahne“ schon einen Aufruf des kommunistischen Freien Eisenbahner-Verbands veröffentlichen. In dem dieser die Eisenbahner auffordert, schnelle und gründliche Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Na also. Wie wagen zu hoffen, daß die kommunistischen Vorbereitungen nach Beendigung des Kampfes getroffen sein werden. Wenn sie sich sehr beeilen, kann es bis dahin noch klappen.

Im übrigen bleibt die „Rote Fahne“ ihrer verächtlichen Parole getreu; die die KPD. für alle Seiten als Arbeiterpartei unumgänglich macht. Sie fordert die Eisenbahner mitten im Kampfe auf, gegen den Willen der Verbandsleitungen zu handeln!

Die Anhänger der KPD. werden also zu Streikbrechern dressiert.

Über diesen Punkt werden wir nach dem Kampf erbauische Dinge zu berichten haben. Vorkäufig stellen wir fest, daß die Kommunisten bisher nichts getan haben, und im Augenblick des Kampfes zur Uneinigkeit und indirekt zum Streikbruch auffordern.

Die Lohnkämpfe in der Metallindustrie.

Die Direktion der Knorr-Presse in Lichtenberg hat heute morgen um 7 Uhr das ganze Werk stillgelegt, weil ein Teil der Belegschaft die Arbeit nicht aufgenommen hat. Die Direktion hat beschlossen, sämtliche Arbeiter zu entlassen, wenn sie nicht bis Donnerstag früh an ihre Arbeitsstätte zurückkehren. Da aber die Direktion schwerlich ausreichen wird, die Arbeit allein zu bewältigen, wird sie die Entlassenen wieder einstellen.

Bei der Firma S. E. L. Schulze, Fehrbellinerstraße, haben die Arbeiter, nachdem ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt.

Bei Järsch, Adlershof, sind die Arbeiter in den Streik getreten, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden sind.

Bei der Firma Rieberg, Weichenitz, ist es infolge Nichtbewilligung von Lohnsteigerungen zum Ausstand der Belegschaft gekommen.

Zur Verbindlichkeitsklärung in der Metallindustrie.

Eine A.F.V.-Funktionärerversammlung der Metallindustrie nahm am Montag Stellung zu der durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches geschaffenen Situation. Günter vom Busch berichtete, daß der A.F.V. versucht, von neuem die Angestelltenchaft zu spalten, in dem er durch Zwischläge seiner Mitgliedsfirmen in den Betrieben beunruhigt, daß alle Angestellten, die dem A.F.V. und dem G.D.V. angehören, sich durch Vorzeigung der Mitgliedsbücher ausweisen sollten, um in den Besitz der Gehaltsbezüge und Arbeitsbedingungen des verbindlich erklärten Schiedspruches zu gelangen. Redner teilte mit, daß für die Reorganisierung des G.D.V. in Anwendung kommen soll. Dieses Vorgehen des A.F.V. ist mit der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten nicht im Einklang zu bringen, und es soll scharf in erster Linie erwidert werden. Dieses Vorgehen der Unternehmer muß nun durchkreuzt werden, indem die Angestellten in den Betrieben Listen auslegen, wonach alle Angestellten die Gehaltsbezahlung auf Grund des Schiedspruches fordern. Nach Möglichkeit ist für den Kopf der Erklärung ein einheitliches Muster zu wählen. Die unterzeichnenden Angestellten fordern die Bezahlung ab Monats März auf Grund des Schiedspruches vom 3. März 1924, desgleichen die Arbeitszeitbestimmung mit Wirkung vom 6. Februar ab. Begründung: Auf Grund des § 2 des Tarifvertrages vom 16. Mai 1923 erklären wir, daß wir im A.F.V. und dem G.D.V. organisiert sind, eventuell sein können. Wir versichern, daß wir dem G.D.V. nicht angehören.

In der Aussprache wurde die einheitliche Auffassung vertreten, daß die Vertrauensleute alle Verantwortung haben, den großen finanziellen und moralischen Erfolg des A.F.V.-Bundes organisatorisch auszuwerten.

Die Lage im Kleiderstoffgroßhandel.

In der Reichstagserversammlung der Angestellten im Baumwoll-, Seiden- und Kleiderstoffgroßhandel gab Genosin Frieda Licht den Situationsbericht. Sie behandelte die außerordentliche Rechtsunsicherheit in den Betrieben. Die Herren Arbeitgeber hatten zum 31. März den Tarif gekündigt und sind der Meinung, daß sie nur den Tarifvertrag zu kündigen brauchen um ihre bekannten Verschlechterungen zugunsten der Angestellten durchzuführen. Neue Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden, denn diese werden planmäßig von den Unternehmern hinausgezögert. Sie haben die Absicht, sich an den Schiedspruch für den Textilgroßhandel anzuschließen, welcher vor einigen Tagen vor dem Schlichter gefällt wurde und bedeutende Verschlechterungen für die Arbeitnehmer vorläßt. Die Arbeitgeber im Baumwoll-, Seiden- und Kleiderstoffgroßhandel tragen sich ferner mit dem Gedanken, irgendwelchen Entschuldigungen vorzuziehen und Zugeständnisse innerhalb der Betriebe von den Arbeitnehmern zu erreichen und sie von der „Notwendigkeit“ einer längeren Arbeits-

zeit zu überzeugen. Die Rednerin warnte dringend, in Fragen der Arbeitszeit Zugeständnisse zu machen. In der Diskussion polemisierte ein Kommunist gegen die vom Hauptvorstand des G.D.V. geforderte Unterzeichnung der bekannten Erklärung. Genosin Licht wies die Angriffe zurück und betonte den rein gewerkschaftlichen Kern der Organisation. Sie appellierte besonders an die weibliche Mitgliedschaft am 4. Mai zur Reichstagswahl mitzubekommen, daß eine starke Arbeiterpartei ins Parlament geht. Jede Kollegin, die eine bürgerliche Partei wählt, schadet sich damit nur selbst.

Generalversammlung der Brauereiarbeiter.

Reinfall der Kommunisten.

In der am Sonntag im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Jahresversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter gab Hodapp den Geschäftsbericht für 1923. Die gesamten Arbeiten der Organisationsleitung waren durch den Abschluß von Lohnabkommen in Anspruch genommen. Allein für die Mühlenarbeiter mußten 31 Lohnbewegungen geführt werden, die im November und im Februar zur Verhinderung der Streikleitung geführt haben. Die Verschlechterungen der Begehren, durch die Streiks der Mühlenarbeiter führte die Mäckerleitung der Belegschaft in Frage gestellt werden, wurden durch die Mühlenarbeiter widerlegt, die stets behaupteten, ihre Löhner seien bis unter die Dächer voll. Hodapp erwähnte die Einführung der Indegelds und der Goldlöhne, wobei die Brauereiarbeiter bei den letzteren, infolge ihres ungesunden Drängens, gegenüber den Mühlenarbeitern, die länger an den Papierlöhnen festhielten, stark ins Hintertreffen gerieten. In allen Lohnbewegungen zeigte sich das Keilreden der Arbeitgeber, ohne Arbeitszeitverlängerung keine Lohnsteigerungen zu bewilligen. Die Beschäftigung in den Branchen war stark durch die allgemeine Wirtschaftskrise beeinflusst. Arbeitszeitverlängerungen und Entlassungen kamen in Anwendung, die besonders die alten Leute betrafen. Die Mitgliederbewegung bewegt sich wieder in aufsteigender Linie; die Läden, die die Inflationszeit gelitten hat, sind voll ausgefüllt.

Der Jahresbericht zeigte das durch die Geldwertung verursachte B.D. Gelder wurde die Rechnung Hodapps, bei der Beurteilung des Wertens der Ortsverwaltung nur sachliche Erwägungen sprechen zu lassen, von den kommunistischen Rednern nicht beachtet. Es ist beauerlich, daß heute noch eine geistig so tiefstehende „Rede“, die von Verunglimpfungen der eigenen Organisation spricht, gehalten werden kann, wie es einer der „Oppositionellen“ tat. Zur Ehre der großen Mehrheit der Verbandsangehörigen sei aber festgestellt, daß, abgesehen von einer maulwurfsartigen Minderheit, diese „Reden“ keinen Eindruck auf die Versammlung machen konnten. Die Redner der Anstaltsamer Gewerkschaftsrichtung erkannten die Schwierigkeiten voll an, die die Ortsverwaltung in ihrem Bestreben, für die Verbandsangehörigen das Beste zu erreichen, hinderten. Sie beantragten, bei der Neuwahl der Ortsverwaltung, die bisherige Leitung mit Hodapp an der Spitze wiederzuwählen. Die von den Kommunisten eingereichte Liste enthielt nach den Verbindungen mehrerer Diskussionsredner keinen Kandidaten, dem man die Fähigkeit zur Verwaltung so verantwortungsvoller Posten zuzurechnen könnte.

In der Abstimmung wurde die Liste der Anstaltsamer Richtung mit großer Mehrheit gewählt. Das Ergebnis wurde von der Opposition mit einem solchen Tumult beantwortet, daß Hodapp die Versammlung schließen mußte.

Gehaltsbewegung in der Berliner Holzindustrie. Wie uns vom Deutschen Werkmeisterverband mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen, über die wir in unserer Abendausgabe vom Montag berichteten, nicht allein für die Werkmeister stattgefunden, sondern für die kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie Werkmeister in der Berliner Holzindustrie.

Beamtenschaft für Berlin: Ernst Reuter; Reichshof; Prinz Seltsam; Gewerkschaftsbewegung: A. Schulze; Reichshof; Dr. John Schmalz; Dehler und Schiller; Reichshof; Reuter; Dr. Guder; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin G.D. 68. Einheitspreis 2.

Anf Teilzahlung!
Komplette Zimmer sowie **Einzelmöbel** zu sehr billigen Preisen!
CAMNITZER
Schönhauser Allee 52 I.
am Untergrundhbf. Nordring

Das Beste — das Billigste!
Herrenanzüge 43.- 38.- 32.- 19.-
Knabenanzüge 19.- 15.- 12.- 9.-
Hosen 10.- 15.- 12.- 9.- 3.-
Alle Waren spotbillig! — Kleiderwahl!
Fahrvergnügen.
Vormittags jeder Kunde ein Gerchek
G. Prager, Brunnenstraße 61,
3 Min. v. Bht. Gesundbr.

Willst Du Deinem Mann was kaufen, mußt zu
Bosen-Anders
laufen.
Berufskleidung
Strickwesten
Trikotagen
Socken
Taschentücher
A. Anders,
Beusselstr. 25

Gabardine
130 Nr. 2 Wolle
sowohl
Vorrat 6.75, 9.10
Kostüm-, Kleider-,
Futterstoffe
beideinst. ant. Preis.
Haarpuder
Schöneberg, Galtstr. 2
a. d. Grünweglostr.
Wade Regen
Schöneberg, Galtstr. 2
a. d. Grünweglostr.

Strickwesten
Ständl. großes Fabriklager in Strick-
und Wirkwaren aller Art zum
Einzelverkauf!
Bruno Richter & Co. Fabrik-Niederlage
in Thüring. Wollwaren
Bin.-Pankow, jetzt Mühlenstr. 1
Ecke Breite Straße

Hosen
Unser höchst billige!
Drecksack v. 3.50 Engl. Leder 4.50
Arbeitsch. 3.50 Militärhose 5.50
Anzugsch. 3.50 Strohhose 3.50
Anzüge v. 20.- Knabenanzug 2.50
Orig. Knie Anzüge v. 17.50
Sport Anzüge - Regenmäntel
München-Gladbach, Hosenzentrale
Neukölln, Berliner Str. 18/19
Ecke Reuterstraße
Berlin, Köstritzer Platz 10
1 Min. vom Schles. Bahnhof

Nicht irren, auf Firma achten!

Aufsehen erregend!
Wie immer fabelhaft billig!

Anzüge Mäntel Hosen
Melton, Homespun, in guten
Qualitäten, prima Zuaten
Homespun, große Auswahl, nur
beste Qualitäten, gute Verarbeitung
Buckskin, codierte Stoffe,
große Auswahl

21⁵⁰ 17⁵⁰ 3⁹⁰
29.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 27.⁵⁰ 38.- 65.- 78.- 95.- 6.⁵⁰ 8.- 11.- 17.-

Kauf erleichtert durch Anzahlung. — Angezahlte Waren werden
kostenlos bis Pfingsten aufbewahrt.

Berufs-Kleidung enorm billig! : Knaben-Anzüge fabelhaft billig!!!

HUGO SIMON
SPEZIALHAUS FÜR ERSTKL. HERREN-KLEIDUNG
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße an der Bismarckstraße

Nicht irren, auf Firma achten!

Alles Bisherige in den "chatten stellend"
biete an zum Engros-Preise
meine Großmarke

„Benefiz“
Eine feine, milde und
würzige Qualitätszigarre

Mein Angebot ist eine beispiellose
Grobleistung ersten Ranges!!
Zigarren- u. Zigaretten-Großhandlung
Max Torge
Berlin W., Potsdamer Straße 97
(an der Bülowstraße)
Berlin W., Potsdamer Straße 116
(an der Lützowstraße)
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 66
„Benefiz“
Hilfsplatz

Kapitän-Kaulabak
unvergleichlich im Wohlgeschmack. Nur echt
mit Firmenstempel! In den meisten Ge-
schäften käuflich. Für Wiedererwerb
durch C. Röcker, Berlin, Ullrichsbergstr. 21 (Tel. 364).

Schokoladen
in großer Auswahl!
Billige Bezugsquelle für
Kantinen und Wiederver-
käufer.
Paul Grindel,
Dircksenstr. 47, Ullrichsbergstr.

Wäschepracht
Die gute reine Kernseife
66% Fettgehalt.
Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher
Güte! Ohne schädliche Bestandteile!
Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 88, Colmarer Straße 8-9.

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und **billig!**

Maßnahmen der Faust
Wäsche, Wäschepracht:
Seife v. A. L. Stark,
Hans Cohn, Kantar-
cristalle bis 20% v. v.
Gehalten, Stärke,
Gewebe, Klee u. B.
monatlich, Bettwäsche,
Bel. ohne Auswasung
Umhang gelüftet

**Ruhe-
betton 20 u.
Klub-
garuit. 170 u.
Chaiselong. 12 u.
decken 12 u.
Neuwolln.
Anzenfabrik, 26**

J. Baer Berlin N, Badstr. 26
Ecke Prinzenallee
Fernsprecher: Axel Heubl 2443

empfeht wie bekannt in reichster Aus-
führung und zu allerbilligsten Preisen
das große Lager fertiger
moderner und Herren- und
solider **Herren- und
Knaben-Garderobe**
für jede Figur passend
sowie das reichhaltige
**Stofflager zur eleganten
Anfertigung nach Maß.**
Tadellosere Sitz u. Beste Zuspigen
Sport- und Berufskleidung
-leg. Einsegnungs-Anzüge

